

**Antrag der Fraktion der CDU****Amt für Soziale Dienste endlich reformieren, klare Strukturen schaffen, Effizienz steigern und Verantwortung übernehmen**

Die unvollständig durchgeführte Verwaltungsreform des Amtes für Soziale Dienste führte dazu, dass der nach dem Fall des kleinen Kevin eingestellte Jugendamtsleiter, ein Verfechter kleinräumiger Jugendhilfeplanung und eines eigenständigen, starken Jugendamtes, gehen musste. Zurück blieb 2013 eine unausgereifte Struktur des Sozial- und Jugendamtes, die der Regierung ermöglichte, weitere Personaleinsparungen (PEP-Quote) durchzusetzen. Durch das Führen auf Abstand und die Delegation der Dienst- und Fachaufsicht an die Sozialzentrumsleitungen mussten Probleme dort gelöst werden, wo diese aufgrund der Kleinheit der Arbeitseinheiten nicht gelöst werden konnten. Ein funktionierendes Controlling existierte nicht oder wurde nicht angewendet. Dadurch ist das Amt für Soziale Dienste seit Jahren von strukturellen Defiziten geprägt, die ineffiziente Verwaltungsabläufe, unklare Zuständigkeiten und erhebliche finanzielle Schäden zur Folge hatten.

Die Innenrevision 2023 deckte massive Mängel auf: Tausende unbearbeitete Akten, nicht nachverfolgte Forderungen und unzureichende Kontrollmechanismen führten zu Millionenverlusten. Neben dem spezifischen Fall wurden umfassende Defizite im Jugendamt offengelegt. Kritisiert wurden die fehlende Fach- und Dienstaufsicht des Jugendamtsleiters, das Auseinanderfallen von Ressourcenverantwortung und fachlicher Verantwortung, nicht wahrgenommene Kontrollmechanismen trotz vorhandener Vorgaben sowie fehlende Entscheidungsbefugnisse. Doppelstrukturen in der Aufsicht verhinderten den notwendigen Handlungsdruck zur Problemlösung. Die Fachaufsicht liegt faktisch bei der Amtsleitung, während die Verantwortung für die Umsetzung an die Sozialzentren delegiert wird. Der Bericht der Innenrevision stellte zudem fest, dass ein langfristiges und nachhaltiges Krisenmanagement nicht erkennbar war. Das Führen auf Abstand wurde als Ursache für die verschleppte Problembearbeitung benannt.

Der aktuelle Zwischenbericht zur Organisationsuntersuchung des Amtes für Soziale Dienste bestätigt diese Defizite erneut. Er stellt fest, dass es bei

Führungs- und Fachkräften an Klarheit darüber mangelt, wer wem weisungsbefugt ist. Obwohl unklare Zuständigkeiten und Doppelstrukturen als zentrale Probleme identifiziert wurden, hält die Untersuchung an der bisherigen integrierten Struktur fest. Eine funktionierende Lösung erfordert jedoch eine klare Definition und Stärkung der Zuständigkeiten des Jugendamtsleiters.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen hält ein starkes Jugendamt für unerlässlich. Der Jugendamtsleiter muss die Dienst- und Fachaufsicht für seine Mitarbeitenden eigenständig ausüben können. Notwendig sind zudem klare Zuständigkeiten auf allen Hierarchieebenen, ein funktionierendes Controlling und eine effiziente Verwaltungssteuerung. Gleichzeitig müssen die Verantwortlichkeiten und Controllingabläufe zwischen Jugendamt, Sozialamt und der senatorischen Behörde eindeutig geregelt werden. Dies kann auch ohne eine vollständige Trennung der Ämter erreicht werden. Besonders problematisch ist die fehlende Fachaufsicht im Jugendbereich. Die Jugendamtsleitung kann zentrale Entscheidungen nicht eigenständig treffen, da die Sozialzentrumsleitungen gemeinsam mit der Leitung des Amtes für Soziale Dienste die Dienst- und Fachaufsicht ausüben. Dadurch bleibt das Jugendamt in wichtigen Fragen handlungsunfähig und ist auf Unterstützung durch das Amt für Soziale Dienste und die senatorische Behörde angewiesen. Es braucht eine eigene Fachabteilung im Jugendamt, die fachpolitische Weichenstellungen erarbeitet und dem Jugendamtsleiter zur Erstellung fachlicher Weisungen und zur inhaltlichen Weiterentwicklung von Themen dient. Dies kann durch eine Reduzierung der entsprechenden Fachabteilung in der senatorischen Behörde erreicht werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Seit Jahren gibt es kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Es ist die Kernaufgabe der Sozialsenatorin und des Leiters des Amtes für Soziale Dienste, funktionierende Strukturen und klare Hierarchieebenen zu schaffen. Dies muss in einem aktuellen Geschäftsverteilungsplan und einer verbindlichen Schnittstellenbeschreibung festgelegt und bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt werden. Der letzte Bericht an die Sozialdeputation enthält jedoch erneut keine klaren Vorgaben, bis wann Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Es gibt keinen Grund, auf den Abschlussbericht zu warten und bis dahin untätig zu bleiben. Die strukturellen Defizite sind hinlänglich dokumentiert. Weitere Verzögerungen würden die Stagnation fortsetzen und notwendige Reformen weiter verschleppen. Der Senat muss jetzt handeln, um die überfälligen strukturellen Veränderungen im Amt für Soziale Dienste unverzüglich einzuleiten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Unklarheiten in der Führungsspitze zwischen Amtsleitung und Jugendamtsleitung in Bezug auf Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu klären,
2. der Jugendamtsleitung die volle Dienst- und Fachaufsicht für alle Mitarbeitenden des Jugendamtes zuzuweisen und ihre Führungsverantwortung klar zu definieren,
3. die Doppelstrukturen zwischen der senatorischen Behörde und dem Amt für Soziale Dienste abzubauen und kommunale Aufgaben im Amt für Soziale Dienste zu bündeln,
4. ein einheitliches Führungsverständnis durch klare Standards und gegebenenfalls Schulungen zu etablieren,
5. zu prüfen, welche dezentralen Strukturen in den Sozialzentren beizubehalten sind, und welche zentralisiert werden sollten,
6. die Fachabteilung im Jugendamt wiederherzustellen und Doppelstrukturen in der senatorischen Behörde abzubauen,
7. bis zum Ende der Legislaturperiode alle Maßnahmen in einem partizipativen Prozess mit den Mitarbeitenden umzusetzen und in einem aktuellen Geschäftsverteilungsplan und Schnittstellenbeschreibungen verbindlich zu regeln.,
8. der Sozialdeputation vierteljährlich über den Fortschritt der Neuorganisation zu berichten und eine mögliche Stärkung der Personalwirtschaft im Amt für Soziale Dienste zu prüfen.

Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU